V e r t r a g

zwischen dem

Landkreis Teltow-Fläming
vertreten durch die Landrätin Kornelia Wehlan
Am Nuthefließ 2
14943 Luckenwalde

- nachfolgend „Landkreis“ genannt –

und der

Stadt Ludwigsfelde
vertreten durch den Bürgermeister Frank Gerhard
Rathausstraße 3
14974 Ludwigsfelde

- nachfolgend „Stadt“ genannt -

–

beide nachfolgend „die Vertragsparteien“ genannt –

Präambel

Der Landkreis ist Eigentümer des in der Gemarkung Genshagen gelegenen Grundstücks Flur 3 Flurstück 481. Das Grundstück ist unter anderem mit einem Übergangwohnheim (Am Birkengrund 3), einem ehemaligen Wohnhaus (Am Birkengrund 5) und dem Oberstufenzentrum (Am Birkengrund 1) bebaut.

In einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Landkreis vom 15. Juni 2011 verpflichtete sich die Stadt unter anderem dazu, auf eigene Kosten die Voraussetzungen für den Abriss des neben dem Übergangwohnheim gelegenen Wohngebäudes zu schaffen. Hintergrund für den Vertrag ist die geplante Industriefläche „An der Eichspitze“, die im Norden und Osten unmittelbar an das Grundstück des Landkreises angrenzt.

Mit Beschluss vom 27. August 2013 hat die Stadt die förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „An der Eichspitze“ zur Errichtung großflächiger Industrie- und Gewerbeansiedlungen beschlossen.

Aufgrund der steigenden Zahlen unterzubringender Asylbewerber und Flüchtlinge hat der Landkreis die Nutzung des Übergangwohnheimes wieder aufgenommen.

Mit dem alten Vertrag sowie dem nunmehr vorliegenden sollen Entwicklungshemmnisse beseitigt und etwaige immissionsschutzrechtliche Konflikte frühzeitig einvernehmlich gelöst werden. Zudem sollen die Verpflichtungen des Landkreises und der Stadt, die sich aus dem Landesaufnahmegesetz und der

Verteilungssatzung des Landkreises ergeben, im gemeinsamen Bemühen Berücksichtigung finden. In Ergänzung des Vertrags vom 15. Juni 2011 vereinbaren die Vertragsparteien daher Folgendes:

§ 1

Vorübergehende Nutzung zu Wohnzwecken

- (1) Die Stadt stimmt hiermit einer vorübergehenden, zeitlich befristeten Nutzung des Bestandsgebäudes (s. den als Anlage 1 beigefügten Kartenauszug) als Übergangwohnheim zu. Die Stadt erkennt ihre sich aus dem Landesaufnahmegesetz Brandenburg und der Satzung über die kreisinterne Verteilung von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen ergebenden Verpflichtungen an. Danach sind die Landkreise und kreisfreien Städte verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung (Übergangwohnheime und Übergangswohnungen) zu errichten und zu unterhalten und die Betreuung der Personen nach § 2 LAufnG zu gewährleisten (§ 4 Abs. 2 LAufnG). Gleichzeitig wird den Ämtern und amtsfreien Gemeinden die Bereitstellung der für die vorläufige Unterbringung der Personen notwendigen Liegenschaften als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung übertragen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 LAufnG).
- (2) Der Landkreis sichert zu, das Übergangwohnheim für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge in 14974 Ludwigsfelde, Am Birkengrund 3 nicht über den 31.12.2016 hinaus für Wohnzwecke zu nutzen. Sollte zu einem früheren Zeitpunkt die Aufgabe dieser Nutzungsform möglich sein, wird der Landkreis dies der Stadt zeitnah erklären.
- (3) Eine etwaige Verlängerung der Nutzung ist nur möglich, wenn diese der Ausweisung der benachbarten Industriefläche bzw. Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „An der Eichspitze“ nicht entgegensteht. Eine Nutzung des Gebäudes über den 31. Dezember 2016 hinaus bedarf in jedem Fall der schriftlichen Zustimmung der Stadt, die spätestens 6 Monate vor Ablauf der Frist bei der Gemeinde zu beantragen ist.

§ 2

Bauleitplanung der Stadt

- (1) Der Landkreis hat Kenntnis von der von der Stadt beschlossenen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „An der Eichspitze“ und der geplanten Umsetzung und wird diese im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.
- (2) Insbesondere wird der Landkreis gegen die Entwicklungssatzung und die Ausweisung der benachbarten Flächen als Industriegebiet im künftigen Bebauungsplan keine Rechtsmittel einlegen.

§ 3
Schlussvorschriften

- (1) Die Regelungen aus dem Vertrag der Vertragsparteien vom 15. Juni 2011 bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für die dort unter Punkt 3 genannten Bestimmungen für das im Gebiet der Entwicklungsmaßnahme gelegene Oberstufenzentrum.
- (2) Vertragsänderungen oder -ergänzungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht.
- (3) Der Vertrag ist zweifach ausgefertigt. Die Stadt und der Landkreis erhalten je eine Ausfertigung.
- (4) Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrags nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrags rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

Luckenwalde, den

Ludwigsfelde, den

Kornelia Wehlan, Landrätin

Frank Gerhard, Bürgermeister

Kirsten Gurske, 1. Beigeordnete

René Böttcher
Erster Beigeordneter

Anlage: Übersichtsplan